

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezogener
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in *Sp.*: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 *Sp.*, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 *Sp.*; amtlich 1 mm
30 *Sp.* und 24 *Sp.*; Melame 25 *Sp.*. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörsdorf, Bretznig, Hauswalde, Dhorn, Oberfeina, Niederfeina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Verlagsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Bräcker & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 5

Dienstag, den 7. Januar 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Mittwoch, den 8. Januar 1930, vorm. 11 Uhr

Sollen in Pulsnitz, Restaurant „zum Bürgergarten“

1 Kommode, 1 Tisch, 1 gr. Regal, 25 Paar Stiefel,

1 Lederwalze, 2 Paar Herrenschuhe

meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 6. Januar 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Ankündigungen aller Art
in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Dem amerikanischen Kongress, der am Montag wieder zusammentrat
wurde eine Vorlage des Kriegsministeriums unterbreitet, die eine
Erhöhung der rein militärischen Ausgaben um rund 6 Millionen
Dollar gegenüber den Ausgaben des vergangenen Jahres vorsieht.
Die japanischen Arbeiter der Automobilfabrik General Motors in To-
kyo sind am Montag in den Streik getreten. Sie fordern Lohner-
erhöhungen und die Einführung des 8 Stunden Tages.
In Kienai in der Provinz Ostfriesland sind am Montag 7 000 Textil-
arbeiter in den Streik getreten.
Die russische Akademie der Wissenschaften hat, wie aus Moskau gemel-
det wird, die Einführung des lateinischen Alphabets für die russische
Sprache vorgeschlagen und übermittelte der Regierung einen ent-
sprechenden Entwurf. Das lateinische Alphabet soll am 1. Januar
1931 amtlich eingeführt werden.
Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Oberste Gericht der Sowjet-
union in Simferopol den deutschen katholischen Pfarrer Graf wegen
angeblicher sowjetfeindlicher Propaganda zu 6 1/2 Jahren Gefängnis
verurteilt.

Macht gegen Recht.

Die Berichte und Gerüchte aus dem Haag umschwirren
uns. Seit Tagen aber geht durch alle Blätter des Reiches
die Frage: Sanktionen oder nicht Sanktionen? Dies scheint
überhaupt der Punkt zu sein, um den sich alles im Haag
dreht. Für uns vorerst die wichtigste Frage. Es bedarf
keines besonderen Hinweises, daß Frankreich die treibende
Kraft ist, die eine Sanktionsformel in den zur Beratung
stehenden Young-Plan einfließen möchte. Bei dem Frank-
reich, das wir seit Versailles für Genügte kennengelernt haben,
wundert uns diese Forderung eigentlich nicht mehr. Die
ganze französische Politik des vergangenen Jahrzehnts läßt
sich eigentlich sehr gut unter das Motto stellen: „Und folgst
du nicht willig, so brauch ich Gewalt.“ Trotz allen Friedens-
betreibungen der verschiedenen französischen Außenminister,
die wir seit Versailles erlebt haben, trotz allen schönen Reden
und billigen Gesten ist Frankreich bis heute der revancheu-
dürstige Gegner geblieben, der nur ein Ziel kennt, nämlich
Frankreich geben, die diese Politik der Gewalt nicht billigen
und an ihre Stelle den Versuch einer wirklichen Verständi-
gungspolitik gesetzt wissen möchten, so läßt sich doch die re-
gierende Kaste in Paris nicht beirren. Erfüllt vom Geiste
Poincarés, treibt man die Außenpolitik, die Deutschland als
den gefährlichsten Gegner behandelt.

Gegenüber der ersten Konferenz im Haag hat sich für
uns die Lage eigentlich noch erheblich verschärft. Es sind
nicht nur die ungelösten Fragen der ersten Konferenz auf
die zweite mit übernommen worden, es sind auch noch eine
Reihe sehr schwerwiegende Belastungen hinzugekommen, die
unserer deutschen Delegation die Verhandlungen außer-
ordentlich erschweren. Da ist noch übriggeblieben die Frage
des deutsch-belgischen Marktabkommens, da
ist noch hinzugekommen das Liquidationsabkom-
men mit England, das wahrlich nicht günstig für uns
zu nennen ist, da schwebt noch das deutsch-polnische
Liquidationsabkommen in der Luft, von dessen
Inhalt wir uns leider immer noch nicht ein genaues Bild
machen können, von dem es aber heißt, daß es unabänderlich
ist und an das Zustandekommen des Young-Plans gebunden
ist. Wie die übrigen Fragen auch aussehen mögen, immer
handelt es sich darum, daß man uns möglichst viele und hohe
Lasten aufbürden und durch einen Vertrag sanktionieren
will, so daß wir weiter unter der Fron unserer Gegner blei-
ben. Geht es dann schließlich nach Frankreichs Willen, so
setzt man hinter jede Bedingung, die man uns auferlegt hat,
eine Sanktionsformel, in der es etwa heißt: Erfüllt Deutsch-
land seine Bedingungen nicht oder zahlt es die übernommenen
Lasten nicht pünktlich, so geschieht das und das. Für ein
derartiges Verfahren hat man den Namen „Sanktionen“
eingeführt, im gut bürgerlichen Leben nennt man das Er-
pressung. Die Frage ist nur, wie weit wir uns dagegen
wehren können und wirklich wehren werden.

Das eine sehen wir schon heute, daß der französische Mi-
nisterpräsident Lardieu mit der Weisung nach dem Haag

Beschlagnahmerecht deutscher Staatseinkünfte im Haag erwogen

Falls Deutschland den Youngplan nicht erfüllen kann — Briand verläßt die Haager Konferenz
Unfaire Verhandlungsmethode

Haag. Es ist bei den im Haag weilenden Pressevertre-
tern aufgefallen, daß auf der Haager Konferenz bisher mit
keinem Wort die Saarfrage angeschnitten wurde, deren für
Deutschland günstige Erledigung vor der abschließenden
Haager Konferenz besonders von zwei bedeutenden deutschen
Regierungsparteien, wie der Deutschen Volkspartei
und dem Zentrum, gefordert worden war. Am Montag
vormittag traten die Delegierten der sechs einladenden
Mächte über die strittigen Fragen der Konferenz zusammen,
die noch immer die weitere Behandlung des Young-Planes
auf der zweiten Haager Konferenz behindern. Es handelt
sich dabei um den Zahlungstermin, dessen An-
setzung je nach dem Ersten, der Mitte oder dem Letzten des
Monats für Deutschland eine erhebliche Mehrbelastung oder
Minderbelastung bedeutet. Es handelt sich ferner um die
grundsätzliche Frage der Sanktionen und um die Frage der
Internationalen Tributbank.

Aus der Stellungnahme der Pariser Presse zu den Ver-
handlungen zwischen den deutschen und französischen Dele-
gierten ist die des „Matin“ interessant, es „handelt sich nur
um ein Mißverständnis“. Der „Matin“ schreibt weiter:
„Man müsse in Deutschland verstehen, daß sich Frankreich
nicht an das alte System politischer Sanktionen klammere.
Es sei nur notwendig, ein System für eine legale (gesetz-
liche) Zahlungseinzahlung für alle kommerziellen Verpflich-
tungen ähnlich dem, wie es zwischen den Staaten vor dem
Kriege bestanden habe, vorzusehen. Aufgabe der Sachver-
ständigen werde es sein, eine Garantiemethode zu finden, die
nicht den Charakter einer ständigen Finanzkontrolle hat.“

Die britische Regierung habe das sogenannte System
der negativen Pfänder in Vorschlag gebracht, das einem
Beschlagnahmerecht gewisser deutscher Staatsmonopole für
den Fall entspricht, daß eine längere Zahlungsunfähigkeit
Deutschlands eintritt.

Der „Erzelsjor“ führt aus, daß der französische
Ministerpräsident Lardieu, dem an einer Beschleunigung
der Arbeit im Haag gelegen ist, eine lange Liste der
von den einzelnen Ausschüssen festgestellten strittigen Fragen
auf wenige Hauptpunkte zusammenge-
strichen habe.

Wie man erfährt, haben die Besprechungen zwischen
Lardieu und dem Vertreter Ungarns, Graf Beth-
len, nicht zu einem Fortschritt in der Frage der Reparationen
geführt. Frankreich soll selbstamerweise bereit sein,
auf seinen Anteil an den ungarischen Reparationszahlungen
zu verzichten. Es steht jetzt fest, daß der französische Außen-
minister Briand am 10. Januar nach Paris fährt, um sich
dann zur Eröffnung der Völkerbundratstagung am 13. Jan-
uar nach Genf zu begeben. Auch Lardieu fährt aus inner-
politischen Gründen nach Paris und will am Montag wieder
nach dem Haag zurückfahren. Es wird angenommen, daß
Briand selbst nicht mehr nach dem Haag
zurückkehrt.

Die Sanktionsfrage ist, wie seit Beginn der Konferenz,
in Einzelbesprechungen der deutschen Delegationsführer mit
den Führern der übrigen Delegationen der einladenden
Mächte weiterberaten worden. Man erwartet in dieser
Frage einen

Notenaustausch zwischen der deutschen und französischen
Delegation,

der seinen Niederschlag in einer gemeinsam vereinbarten
Formel über Frankreichs Anspruch auf Sicherheiten bei der
Durchführung des Young-Planes finden soll. Die Verhand-
lungen des Ausschusses der Internationalen Tributbank
werden am 10. Januar beginnen. Es ist noch unbestimmt,
ob an diesen Verhandlungen Dr. Schacht, der deutsche
Reichsbankpräsident, teilnehmen wird, oder ob er sich durch
Direktor Bocke von der Reichsbank wird vertreten lassen.
In der Sanktionsfrage scheint folgendes geplant zu

sein: Kann Deutschland den Young-Plan nicht erfüllen, so
tritt ein Zahlungsaufschub von zwei Jahren ein. Dann tritt
ein Schiedsgericht zusammen, das Feststellungen über
Deutschlands Zahlungsmöglichkeiten und Zahlungsverpflich-
tungen treffen kann. Nach französischer Auffassung sollen
dann

Sanktionen auf Grund der Bestimmungen des Vortates
von Versailles

vorgenommen werden können, wenn Deutschland einen sol-
chen Schiedspruch böswillig nicht ausführt. Stimmt die
deutsche Delegation dem nicht zu, so glaubt man in Kreisen
der französischen Delegation, daß der Young-Plan vollstän-
dig scheitern werde. Von französischer Seite fordert man
eine besondere Garantie für die Festigung der Mark, weil
nach dem Young-Plan besondere Schutzbestimmungen für die
Reichsbank fortfallen. Ferner hat man französischerseits Be-
denken gegen den deutsch-amerikanischen Sondervertrag, und
möchte ein Verbot für die deutsche Regierung erzielen,
irgendwelche Einnahmen zu anderen Zwecken als zu Repara-
tionen zu verwenden. Es ist aufgefallen, daß die Presse
von der deutschen Delegation sehr ungenügend unterrichtet
wird, während von französischer und englischer Seite die
Presse mit Nachrichten und Informationen in starkem Maße
gespeist wird.

Der Ausschuss für die nichtdeutschen Reparationen hat
vorläufig seine Beratungen vertagt, weil der österreichische
Bundeskanzler Schöberl noch einmal erklärt hat, daß
Österreich unter keinen Umständen zahlen könne, und die
Nachfolgestaaten beschloßen haben, unter sich gegenüber
diesem Vorschlag Stellung zu nehmen.

Dr. Curtius über die Zahlungstermine.

Nach der Besprechung der Minister der sechs einladenden
Mächte gab der deutsche Außenminister Dr. Curtius einen
Überblick über die bisherige Aussprache, die sich in der
Hauptfrage um den Zahlungstermin gedreht hat. Die Gläu-
bigerstaaten stehen auf dem Standpunkt, daß man in Paris
sich auf den 15. des Monats geeinigt habe, während Deutsch-
land erklärt, das sei nicht der Fall. Man habe sich in Paris
nicht festgelegt, und man erwarte deutscherseits, daß
dem allgemeinen Weltgebrauch Folge geleistet werde, wonach
am Ultimo des Monats gezahlt und verrechnet wird. Es
handelt sich je nach Festsetzung des Zinssfußes um eine jähr-
liche Summe von 5 Millionen Mark. Minister Curtius be-
zeichnete die ganze Frage als eine sehr ernste Ange-
legenheit. Wenn man diese Summe mit Zinssätzen
kapitalisiert, würde man auf 100 Millionen während des
ganzen Young-Plans kommen. Außerdem würde die ganze
deutsche Zahlungsgebarung, die auf den Ultimo abgestellt ist,
umgestellt werden müssen, da ja am 15. in den Reichskassen
das Geld nicht vorhanden sein kann. Von englischer
Seite ist hinzugefügt worden, daß England dem deutschen
Standpunkt keine besonderen Schwierigkeiten machen wird.

Bedingte Rückgabe des deutschen Eigentums
in Marokko.

Paris. Zu dem am 31. Dezember v. J. von Botschafter
Hoesch und dem Außenminister Briand unterzeichneten
Liquidationsabkommen wird jetzt in der Presse eine von amt-
licher französischer Seite stammende Information wiederge-
geben, in der es heißt, daß die deutschen, noch nicht
liquidierten Besitzungen in Marokko den
ehemaligen Eigentümern unter der Bedin-
gung zur Verfügung gestellt würden, sie in
einem Zeitraum von sechs Monaten an von
der marokkanischen Regierung genehmigte
Käufer wieder abzutreten. Nach diesem
Termin stehe der marokkanischen Regierung
anheim, von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch
zu machen.

